Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 9

Artikel: Rückblick auf ein Jahr in Österreich
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157869

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

setzung „Unspunne" spielen wieder auf dem Hintergrund der Zeitwende vom 18. zum 19. Jahrhundert, der idyllische Roman „Ds verlorne Lied", das glänzendste Schauspiel von Tavels Patrizierherrlichkeit, rollt sich wiederum im Dixhuitième ab, „Veteranezyt" im 19. Jahrhundert, der gewaltige „Frondeur" wieder im Barock. Der Auserwählte Tavels aber ist Adrian von Bubenberg, das Urbild altbernischer Gesinnungstreue. Er hat ihn dreimal verherrlicht: in „Theterli vom Wendelsee", im (schriftdeutschen) Schauspiel „Der Heimat einen ganzen Mann" und im vorletzten großen Roman: „Ring i der Chetti", dem vielleicht reifsten und vollendetsten Werke Tavels überhaupt. „Meischter und Ritter", das um die Gestalt des großen Niklaus Manuel und seinen Gegenspieler Kaspar von Mülinen gruppierte Zeitbild Berns vor und während der Reformation, ist für Tavels Leser sein Schwanengesang geworden, denn seinen Plan, das Bild der Vaterstadt im 14. Jahrhundert zu beschwören, vollendete er nicht mehr. Mitten aus der Arbeit an einem neuen großen Roman („Ds Schwärt vo Loupe"), in dessen Mittelpunkt Rudolf von Erlach und die Schlacht von Laupen hätten stehen sollen, ist Rudolf von Tavel abberufen worden. Es ist nicht denkbar, daß das Bild dieses einzigartigen Dichters im Gedächtnis verblassen kann, solange der Berner bewegten Herzens Glanz und Dunkel versunkener Jahrhunderte betrachtet, im Anblick seines Landes, das er aus tiefster Seele liebt.

Rückblick auf ein Jahr Österreich.

Von *.*.

Nachdem es äußerlich um Österreich ein wenig ruhiger geworden ist, und dieses nun sich anschickt, in Muße seine neuartige Form der Demokratie auszuarbeiten und durchzuführen, scheint der Augenblick zu einer Betrachtung der geschaffenen Lage gekommen. Es ist auffallend, wie einseitig solche Betrachtungen in den meisten Zeitungen der Weltpresse ausfallen. Auch Blätter, welche innerpolitisch dem in Österreich gesteuerten Kurs sehr fern stehen, finden an ihm häufig wenig oder nichts auszusetzen. Während allgemein bei vorwiegend doktrinär eingestellten Nationen und Gruppen die Verfälschung der Außenpolitik durch innerpolitische Zu- und Abneigung das Gewöhnliche ist, zeigt sich hier, wie meist bei einer vorwiegend praktischen Einstellung zur Politik die umgekehrte Unaufrichtigkeit: die Zurechtbiegung innerpolitischer Standpunkte zur Anpassung an außenpolitische Interessenverbundenheiten. Nicht leicht hat sich dieser Typus schon so demaskiert wie im Falle Österreich. Während das Urteil der meisten Zeitungen über die Zustände in Deutschland fast durchwegs ein überaus herbes ist und wenige sich scheuen, hier die Dinge beim Namen zu nennen, wird

Österreich mit ganz anderen Maßstäben gemessen. Wir wollen damit nicht sagen, daß gerechterweise die Milde der Beurteilung, die Österreich gegenüber angewandt wird, auch Deutschland zugute kommen sollte, sondern eher umgekehrt. Wir wollen hier nicht untersuchen, wie viel von den mißbilligenswerten Dingen, die aus Deutschland berichtet werden, tatsächlich sind; auch wenn man alles Unverbürgte dem Urteil der Geschichte überläßt, das sich weder von der einen noch der andern Seite täuschen lassen wird, so bleibt auch an dem von keiner Seite Bestrittenen allzu viel übrig, was unter keinen Umständen sein oder hätte sein dürfen. Aber nur der hat das Recht, sich darüber zu entrüsten, der rückhaltlos bereit ist, *dieselben* Maßstäbe nach *allen* Richtungen anzulegen. Die Entrüstung der Welt über Deutschland ist zu einem großen Teil einfach Zweckmäßigkeitsreaktion einer grundsätzlich deutschfeindlichen Einstellung oder Politik. Und die Lobpreisung Österreichs in der Weltmeinung ist zu einem großen Teil dasselbe. Es hat geringen Zweck, darüber zu streiten, ob es in Österreich zehn oder zwanzig Prozent besser zugeht als in Deutschland; sollte das wirklich der Fall sein, so wäre andererseits zu bedenken, daß das deutsche Volk wahrscheinlich zeitweilig tatsächlich mehrheitlich hinter dem Nationalsozialismus stand, und daß dort wenigstens die schlechthin fürchterliche christlich-religiöse Einkleidung des Ganzen fehlt. Wenn aber jemand noch grundsätzlich diskutieren möchte, wie Österreich von innen aussieht, der sei auf den bekannten Artikel des „Bund" vom 20. September hingewiesen, welcher das Verbot des Blattes in Österreich verursachte. Auch dem „Bund" wird niemand nachsagen, er habe Sympathien für den Nationalsozialismus oder den Anschluß; darum macht er sich aber doch nicht in der grotesken Weise zum Kronjuristen der Firma Schuschnigg-Starhemberg wie etwa der Wiener Berichterstatter der sonst so freiheitsdurstigen „Nationalzeitung". Wenn demnach kein Zweifel besteht, daß in Österreich im wesentlichen dasselbe in grün — oder sagen wir in schwarz — vor sich geht wie in Deutschland, so dürfte damit ins Licht gestellt sein, wie es mit der Aufrichtigkeit eines großen Teils der Weltpresse steht, wenn sie in allen Tönen die alte Kultur des Donauraumes, die im Interesse des Friedens und Europas geschützt werden müsse, das tapfere Völkchen, das sich gegen die Barbarei wehrt, und den Heldenkampf der Zivilisation gegen brutale Gewalt in den Himmel hebt.

Es ist sehr begreiflich, daß die Mächte, welche aus nackter politischer Selbstsucht dem von ihnen verkrüppelten Österreich das Selbstbestimmungsrecht verweigerten, nun mit Begier nach der Chance greifen, die ihnen Deutschland bietet, um die bare Häßlichkeit ihrer Interessenpolitik in der Anschlußfrage mit einem moralischen Schimmer zu überkleiden. Denn Österreich muß also nun in seinem Willen zur Unabhängigkeit gegen Deutschland geschützt werden. Wie steht es in Wahrheit damit? Ob dieser Wille selbst heute besteht, darüber ist nie etwas absolut Beweiskräftiges ausgemacht worden. Darum erklärt man sich einfach berechtigt, diesen Willen als vorhanden vorauszusetzen. (Wäre er nicht da, würde sich Österreich etwa

eines Tages als mehrheitlich nationalsozialistisch ausweisen, so hat man sich in Italien bereits willens erklärt, Österreich „gegen sich selbst zu schützen".) Auch die in Deutschland stattgehabten Abstimmungen vom Herbst 1933 und 1934, die so große Mehrheiten für Hitler ergaben, werden im Ausland hinsichtlich ihrer Freiheit und Regelmäßigkeit meistens angezweifelt. Dies Verhältnis wird nun aber von jener selben Seite genau umgekehrt ausgelegt. Gerade die französische Presse z. B. pflegt mit Beflissenheit den Eindruck anzustreben, daß das deutsche Volk im wesentlichen geschlossen hinter dem Nationalsozialismus stehe. Denn für Frankreich bedeutet es eine unbezahlbare nachträgliche Rechtfertigung seiner Deutschlandpolitik, wenn es bestimmte revolutionäre, turbulente, trübe, dumpfe, unhaltbare Zustände in Deutschland als gradlinig aus dem innersten Wesen des deutschen Volks hervorgegangen erweisen kann, welches es nur früher erkannt habe als die andern Völker. Hitler brachte in seiner Ehrenbreitsteiner Rede einen Satz an, der nicht in die Weltpresse übergegangen ist und sinngemäß etwa besagte: „Die Völker, die heute das deutsche Volk wegen seiner Regierung so bemitleiden, hatten ja vierzehn Jahre Zeit, solches Mitleid zu betätigen. Hätten sie es getan, so stände ich jetzt nicht hier." Ohne zu untersuchen, was ein solches Bekenntnis eines Staatsmannes über die Bedingungen seines Aufstiegs für ihn selbst bedeutet, muß man doch sagen, daß Hitlers Feststellung einfach zutrifft. Und sinngemäß läßt sich dasselbe auf Österreich anwenden. Betreffs Italiens ist es ohne weiteres klar. Daß dieses Land die ganze Entwicklung angezettelt hat, die durch den Bruch der Verfassung und die maßlose Verschärfung des Regierungskurses mindestens eine Hauptvorbedingung für die beiden Aufstände bereitstellte, darüber besteht nirgends ein Zweifel. Auch Frankreich hat sich nicht im geringsten darum gekümmert, ob in Österreich Bedingungen geschaffen waren, die Frieden und Gedeihen ermöglichten. Frankreich interessierte nur eins: Es war bereit, mit jeder Politik zu gehen, die etwas gegen den Anschluß zu leisten versprach. Frankreichs Arbeit für den Frieden bestand in dieser Hinsicht darin, daß es laut verkündigte, nur um des Friedens willen müsse es den Anschluß verhindern — denn wenn er zustande komme, so mache es eben Krieg. Österreich positiv zu helfen, dafür hatte es kein Interesse, umsomehr als seine Gelder für die Aufrüstung der östlichen Verbündeten festgelegt waren und man ohnehin vom Kriege her noch in Übung war, über das künstlich herbeigeführte Elend einer feindlichen Bevölkerung großzügig hinwegzusehen.

Wenn also die Stellungnahme dieser Mächte in ihrer Presse sich ohne weiteres begreift, so muß doch die fast gleichlaufende Stellungnahme der schweizerischen Presse lebhaft enttäuschen. Fast am schärfsten exponiert sich in dieser Hinsicht die katholische Presse; allerdings in einer Front mit der katholischen Presse aller andern Länder. Immerhin hätten die Hemmungen in einem demokratischen Lande wie der Schweiz da etwas stärker sein sollen. Aber die katholische Schweizer Presse versicherte ja eine Zeitlang täglich, daß in Österreich wahre Demokratie und wahre Freiheit

herrsche, und auf Grund der sogenannten Ständestaatsidee wäre sie noch jetzt bereit, eine ähnliche Demokratie auch in der Schweiz einzurichten. Wie weit hier die Begriffsverwirrung gediehen ist, zeigt am besten die wahllose Verwendung des Wortes „Märtyrer" im politischen Kampfe. Schon der Krieg hat hier Verheerungen angerichtet. Immer wieder wurden die Soldaten der verschiedenen Heere als Märtyrer bezeichnet, ganz besonders von Ententeseite, auf Grund der dort herrschenden Kreuzzugsideologie. Der bekannte Elsässer Wetterlé führte bereits zu Kriegsbeginn diese Idee in breiter und ungehemmter Weise in seinen Predigten in der Kathedrale zu Bordeaux aus. Dabei ist es aber wohl nicht bekannt geworden, daß die wirklichen Märtyrer auch ihrerseits gehauen und gestochen hätten. Eine Stufe tiefer noch führt natürlich die Verwendung des Märtyrerbegriffs im innerpolitischen Parteienkampf. Es ist ganz wahrscheinlich, daß Dollfuß das Beste wollte, so wie er es verstand, und unbezweifelbar ist seine Ermordung ein schlimmes Verbrechen, wie jede rechtlose Gewaltanwendung gegen Volksgenossen. Wer aber selber davon einen mindestens ebenso hemmungslosen Gebrauch gemacht hat wie irgend ein Parteiführer in revolutionären Zeiten, der dürfte schwerlich Anspruch auf den Titel eines Märtyrers haben. Trotzdem ist nicht nur von einer Wiener Zeitung der Vorschlag gemacht worden, Dollfuß heilig zu sprechen, ist nicht nur eine Wiener Kirche auf ihn getauft worden, sondern hat bei seiner Beerdigung der Kardinal-Erzbischof Innitzer nicht gezögert, folgende Worte zu sagen: „Von unsagbarem Weh erfüllt, bis ins tiefste Herz erschüttert, steht Österreich an der Bahre seines toten Kanzlers, an dem Sarg, der das Teuerste und Kostbarste umschließt, das das österreichische Volk in dieser schweren Zeit besaß. Mit dem österreichischen Volke trauert die katholische Kirche, die einen ihrer Besten in ihm verloren hat. In dem Umstande, daß Du, toter Kanzler, nur von Feinden umringt einsam den Geist aushauchen mußtest, warst Du ein echter Jünger, ein wahrer Nachfolger unseres göttlichen Meisters, der auch verlassen am Kreuze starb. Du bist wie ein Soldat auf seinem Posten, wie ein Märtyrer gefallen, ein Held, ein Herold, ein Rufer im Streit, ein wahrer Christ, ein Kämpfer, unser Führer."

In solchen Worten, die nur die Ehrfurcht vor der kirchlichen Würde des Redenden mit dem richtigen Worte zu kennzeichnen verhindert, wie in der ganzen hemmungslosen Parteinahme kirchlicher Instanzen in der österreichischen Frage bricht nur ein Geschwür auf, das seit langem schon sich langsam zusammengezogen hat. Schon seit Jahrhunderten, besonders seit dem Einsetzen des jesuitischen Einflusses, ist im Katholizismus weithin die große christliche Ideenwelt in die zweite Reihe gerückt, in die erste aber die Selbstzwecklichkeit der Kirche als äußerer Machtorganisation. Das hat dazu geführt, daß, unbelehrt durch den früheren Ausgang ähnlicher Fehltritte (so zum Beispiel den ganz weitgehenden Verlust der Arbeiterschaft), sich die Kirche nun in Österreich mit ganz bestimmten politischen Parteien, wirtschaftlichen Formen und außenpolitischen Kombinationen in einer Zu-

gespitztzeit identifiziert, wie es doch in der bisherigen Geschichte noch kaum geschehen ist. Der Erfolg wird sein, daß, wenn eines Tages das Dollfuß-Schuschnigg'sche „Haubitzen- und Galgenchristentum" zusammenbricht, auch das echte Christentum einen fürchterlichen Rückschlag in der Welt zu verzeichnen haben wird, zum unabsehbaren Schaden der ganzen Menschheit. —

Die nichtklerikale bürgerliche Presse der Schweiz war fast geschlossen schon zu einer Zeit gegen den Anschluß, als dieser noch einheitlich auf Österreichs Selbstbestimmung beruhte und keinerlei Freiheitsvergewaltigung in sich schloß. Diese Stellungnahme hatte drei Gründe, welche teils ausgesprochen wurden, teils unausgesprochen blieben. Erstens: Die deutsche Schweiz fühlte sich von einem Anschluß Österreichs präjudiziert in ihrem Willen, gleichzeitig an der deutschen Kultur weitgehend teilzunehmen, sich aber dabei politisch von der Verbindung mit dem Reiche streng abseits zu halten. In naiver Weise glaubte man, diese für die Schweiz durchaus organische und einzig mögliche Stellungnahme auch von dem Nachbarlande moralisch verlangen zu können, das wirtschaftlich nicht lebensfähig war und noch bis vor einem halben Jahrhundert ein Kernland und ein Hauptherrschafts- und Bewußtseinssitz des Reiches gewesen war. Zweitens: Die Schweiz hielt es für in ihrem Interesse gelegen, an vier statt nur an drei Staaten zu grenzen. Es mag sein, daß an sich dies vorzuziehen wäre, aber erstens bestand von Anfang eigentlich im Ernst nur die Wahl zwischen dem verflossenen und friedlichen demokratischen Deutschland (das durch außenpolitische Einengung zu ruinieren viele auch in der Schweiz wacker beigetragen haben, die heute seinen Tod beklagen) und dem mindestens undurchsichtigen und krampfigen Italien, welches jedenfalls nicht endgültige und beruhigte Verhältnisse schaffen könnte. Was es für die Schweiz bedeuten würde, wenn italienische Heere in Bregenz und Feldkirch ständen, ist von anderer Seite schon gesagt worden.

Daneben ist aber schließlich doch die Idee des Selbstbestimmungsrechtes an sich von einer Würde, daß sie nicht je nach wirklichen oder vermeintlichen Eigeninteressen bejaht oder verneint werden sollte. Mindestens sollte das nicht seitens eines Staates geschehen, dessen ganze Zusammensetzung und Existenz allein auf dieser Idee beruht. Daß das hier so gänzlich außer Acht bleiben konnte, darin darf man wohl die beginnende Ausbreitung eines höchst bedenklichen Geistes erblicken, der von bestimmten „seriösen Weltblättern" eifrig gepflegt wird. Es ist der Geist einer eiskalten Realpolitik, der für alle Versuche, von einem Rechtsgedanken her gegen die Macht der Maschinengewehre und des Geldsacks sich aufzulehnen, als für eine „Illusion" nur einen unendlich herablassenden Hohn übrig hat. Über diesem Geiste steht das furchtbare Wort, mit welchem vor einigen Monaten eines dieser Blätter einen Versuch in Österreich, die Verfassung aufrecht zu erhalten, mit einem Schlage moralisch abzutun meinte: „in gänzlicher Verkennung der realen Machtverhältnisse. . ." Da kann man nur sagen, es möge nie der Tag kommen, wo man einem Kampf auf Leben und Tod der Schweiz

um ihre Unabhängigkeit dieses Wort und diesen Geist entgegenhalten würde und wo damit im Herzen des Schweizers ein Echo geweckt würde.

Eine sprechende Verkörperung dieses Geistes, das sei zur Verdeutlichung noch hinzugefügt, bot die kürzlich stattgehabte Minderheitendebatte des Völkerbundes und die Pressereaktion darauf. Polen verlangte Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes oder seine eigene Befreiung davon. Die „seriöse Presse" sagte in einem Nebensatze, jene Verallgemeinerung sei gänzlich aussichtslos, und damit war die Sache abgetan. Dagegen fand man nun auf einmal heraus, daß Polen seine Minderheiten schlecht behandelte, und es war auf einmal gestattet, Polen mit harten Worten zu schelten. Warum, weiß jedermann. Und dann standen die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens da und drangen mit großer Geste auf „Vertragstreue", „zum Schutz der Minderheiten in Polen", und stellten fest, daß die Minderheitenfrage für sie selbst keinerlei Bedeutung hätte. England allerdings hat bereits in den vergangenen Jahrhunderten seine Minderheitenfrage mit schlichter Großzügigkeit größtenteils erledigt. Frankreich dagegen versagt den Millionen seiner Andersprachigen jegliches Sprachenrecht bescheidenster Art, mit Ausnahme des kärglichen Deutschunterrichts in Elsaß-Lothringen. Und wie Italien mit den Stiefelabsätzen auf seinen Minderheiten herumtritt (Deutsche, Südslawen und Franzosen, nicht zu vergessen die Griechen des Dodekanes, die — um das Wort eines sehr bekannten Politikers zu variieren — schon einen Homer und Hesiod hatten, als die Vorfahren der heutigen Römer noch nicht lesen und schreiben konnten) — das weiß man ja immer noch, trotz des Schweigens der „seriösen" Presse, welche mit hängenden Ohren Vorlesungen über die Italianität des Tessin und Vorwürfe, daß dort nicht genug italienische Bücher erscheinen, entgegennimmt, ohne daß jemals das Wort „Südtirol" fiele. Wir wären den Lesern dieser Blätter dankbar, wenn man uns auf ein inländisches Blatt aufmerksam machen wollte, das diese drei Reden in ihrer abgrundtiefen Unwahrhaftigkeit auch nur andeutend gekennzeichnet hätte.

Um nun zu Österreich zurückzukehren, sei zum Schluß gesagt, daß wir nicht glauben, es würden heute die österreichischen Nationalsozialisten bei einer freien Abstimmung eine Mehrheit für sich oder Deutschland bekommen. Ebensowenig glauben wir aber, daß der Anschlußgedanke auf die Dauer ernstlich gefährdet ist. Mindestens so lange nicht, als die leitenden Staatsmänner wie kleine Handelsangestellte dauernd ins Ausland reisen, um sich Instruktionen für die Staatsführung zu holen, und das noch bei einem Staat, dessen Heere vom österreichischen Volk in hundert Schlachten immer wieder geschlagen worden sind. Wenn Deutschland später wieder ein freiheitlicher Staat ist, so wird sich das österreichische Volk wohl klar zu machen wissen, ob es vorzuziehen ist, eine „Unabhängigkeit" zu genießen, die wie ein faules Wertpapier an der Börse täglich von einer Hand in die andere weitergeschoben wird, und den federleichten Spielball aller Konjunkturintrigen bildet — oder dann mitbestimmend einem wieder geachteten

und mächtigen Staate anzugehören, dem man schon vorher ein Jahrtausend angehört hatte. Denn Österreich ist im Grunde nicht das Land der Walzer und Schnitzlerhelden, ein Land, das auf die Dauer sich rein als Objekt befriedigen ließe, sondern hier wurde jahrhundertelang ein Weltreich ruhmvoll gelenkt und verteidigt, und diese Kräfte sind nicht erloschen, mag auch durch das Unheil von 1866 und die kleindeutsche Breitspurigkeit vieles in diesem Volk in sich selbst zurückgedrängt worden sein.

Diese Dinge werden allerdings zu berücksichtigen sein, wenn einmal ein Zusammenschluß mit Deutschland wieder in Frage kommt. Die große Selbstsicherheit Nordostdeutschlands, welche die politische Führung des deutschen Staates mit Selbstverständlichkeit für sich allein in Anspruch nahm, auch zu einer Zeit, als Österreich noch allerhand Hoffnung bot, solche Leitung auf breiterer Grundlage erfolgreich durchzuführen — diese Selbstsicherheit hat, nach unbezweifelbaren Leistungen, in den letzten 20 Jahren furchtbaren Schiffbruch gelitten. Hätte Österreich vor zwei Jahren seine Rolle begriffen, so hätte es entsprechend den Ideen einiger demokratischer Führer die Keimzelle eines neuen Deutschlands gebildet, welche zweifellos auf demokratischem Wege der fascistischen Welle widerstanden hätte. Damit hätte es die Höhe seiner alten Kultur, seinen humanen Universalismus besser erwiesen, als mit einigen vermotteten Erzherzögen und großstaatlichem Festklimbim. Damit hätte Österreich seine alte große Überlieferung, seinen heldenhaften Kampf für Deutschtum und Christentum nach West und Ost wieder aufgenommen, den Friedrich der Große durch seinen ruhmsüchtigen und nach Westen liebedienerischen Rückenschuß 1740 abgebrochen hat. Damit hätte Österreich einen festen, friedlichen und zukunftsreichen Rahmen bereitgestellt, um ein an seiner inneren Überspannung und den verdrängten inneren Gegensätzen auseinanderbrechendes Deutschland aufzunehmen, und hätte den Anspruch auf einen Anschluß Deutschlands an Österreich mit allen Konsequenzen erworben. Vielleicht ist dies verspielt, aber auf jeden Fall wird, wenn der Anschluß einmal wieder in Frage kommt, der geistige Dualismus zwischen Nord und Süd gesichert werden müssen, wenn auch in einer Form, die der äußeren Machtstellung keinen Abtrag tut. Und dem Reiche wird man raten können, wenn daselbst wieder gewisse Voraussetzungen gegeben sind, von allem Drängen hier abzusehen und die weitere Initiative zunächst Österreich zu überlassen.

Der Frieden Europas hängt an der Freiheit, an der Achtung der Selbstbestimmung nach außen und innen.